

**Öffentliche Niederschrift
27. Sitzung des Sozialausschusses**

Sitzungstermin: Dienstag, 05.11.2024
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 15:50 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Sonja Bongers SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Stefanie Schadt	DIE GRÜNEN	Vertretung für: Tim Heinzen
Ulrike Willing-Spielmann	CDU	
Robert Babic	CDU	
Sebastian Girrullis	DIE GRÜNEN	
Helmut Bennewa	CDU	
Holger Ingendoh	CDU	Vertretung für: Klaus-Dieter Broß
Helga Grothe	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	
Denise Horn	SPD	
Dr. Jörg Schröer-Tebbe	SPD	

sachkundige/r Bürger/in

Florian Sauer	DIE GRÜNEN	Vertretung für: Stefanie Opitz
Benedikt Josef Domberger	CDU	
Finn Rubin	CDU	
Heinrich Bernhard Diepmans	CDU	Vertretung für: Kathrin Wiemann
Jochen Kamps	SPD	
Johannes Stelzer	SPD	
Birgit Mumm	AfD	
Hartmut Imlau	Linke.Liste	
Jennifer Schnettler	FDP im Rat	
Dieter Büschken	BOB im Rat	

hinzugewählte Personen

Burak Arslan IR - DIL

Verwaltung

Beigeordneter Frank Motschull Dezernat 2

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Tim Heinzen	DIE GRÜNEN	Entschuldigt
Klaus-Dieter Broß	CDU	Entschuldigt
Stefanie Opitz	DIE GRÜNEN	Entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Kathrin Wiemann	CDU	Entschuldigt
-----------------	-----	--------------

Verwaltung

Frank Bohnes
Jürgen Jäschke
Sabine Lupzik
Stefanie Peters
Matthias Frerix
Rebecca Osono
Lale Arslanbenzer
Laura Wegener
Uwe Bonsack
Sylvia Windisch
Bruni Uphues
Thomas Dabels

Gäste und weitere Teilnehmer

Tobias Henrix	CDU-Fraktion
Dennis Lotz	SPD-Fraktion
Frank Domeser	Diakoniewerk
Michael Kreuzfelder	Caritasverband
Mauno Gerritzen	Der Paritätische
Petra Stecker	ASO Alteneinrichtungen
Aliana Kann	
Sophie Stasierowski	

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
	Formelle Feststellungen und Eröffnung der Sitzung	
1	Berichte	
1.1	3. Quartalsbericht 2024 des Eigenbetriebes "ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen"	M/17/5933
2	Vorberatungen	
2.1	Senior:innenförderplan Oberhausen	B/17/5792
2.2	Einrichtung einer 1,0 Planstelle innerhalb des Bereiches 3-2/ Soziales, hier Fachbereich 3-2-50/ Soziale Angelegenheiten im Sachgebiet Wohnraumvermittlung	B/17/5742
3	Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung	
3.1	Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht „Hitzeschutz-Maßnahmen in und an Verwaltungsgebäuden“	A/17/5769
3.2	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht „Integreat App“	A/17/5811
4	Mitteilungen der Verwaltung	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

Formelle Feststellungen und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Stadtverordnete Bongers, begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Anschließend verabschiedet Sie den Bereichsleiter des Bereiches Soziales, Herrn Frank Bohnes, der aufgrund seines bevorstehenden Ruhestandes heute zum letzten Mal an der Sitzung teilnehmen wird. Sie dankt ihm für die vielen Jahre im Ausschuss und wünscht ihm im Namen des Ausschusses alles Gute.

Herr Bohnes bedankt sich für die netten Worte und für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Ausschuss, die er immer als sehr fair und kooperativ erlebt hat.

Anschließend stellt die Vorsitzende fest, dass die Einladung sowie die Beratungsunterlagen allen Mitgliedern des Sozialausschusses form- und fristgerecht zugegangen sind.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist und eröffnet die 27. Sitzung des Sozialausschusses.

1 Berichte

**1.1 3. Quartalsbericht 2024 des Eigenbetriebes "ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen"
M/17/5933
zur Kenntnis genommen**

Herr Frerix, ASO Alteneinrichtungen, teilt mit, dass von einem Jahresabschlussergebnis von 209.000 Euro ausgegangen werden kann. Eine große Sanierungsmaßnahme am Haus Bronkhorstfeld konnte in diesem Jahr nicht mehr umgesetzt werden, da noch Abstimmungsbedarf mit der SBO besteht. Die Umsetzung wird auf das Jahr 2025 verschoben.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/5933 zur Kenntnis.
--

2 Vorberatungen

**2.1 Senior:innenförderplan Oberhausen
B/17/5792
ungeändert vorberaten**

Frau Osono, Sozialplanung für Senior:innen, stellt den Senior:innenförderplan anhand einer Powerpoint Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Stadtverordneten (Stv.) Frau Horn und Herr Girrullis sowie Herr Rubin, Bürgermitglied, danken Frau Osono für die professionell zusammengestellte Präsentation, ebenso allen Beteiligten für ein strukturelles und koordiniertes Vorgehen. Oberhausen hat bereits viele Maßnahmen getroffen (u.a. Einrichtung der Quartiersbüros, Förderung der ambulanten Pflege, Aktivitäten der städtischen Alteinrichtungen), dennoch steht die Senior:innenpolitik vor großen Herausforderungen, gerade auch bei dem Thema Wohnen.

Herr Imlau, Bürgermitglied, dankt ebenfalls für den Bericht, fragt jedoch nach, warum der Bericht so spät erfolgt, was Herr Beigeordneter Motschull dahingehend beantwortet, dass der Bereich Soziales in der Zeit von 2021 bis 2023 herausfordernde Aufgaben zu bewältigen hatte. Hier nennt er beispielsweise die Corona- sowie die Ukraine Krise. Außerdem lieferte ein von der Verwaltung extern beauftragtes Institut ein Ergebnis, dass zunächst für die politische Beratung aufbereitet werden musste, sodass Frau Osono beauftragt wurde, sich noch einmal intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Hierfür dankt er Frau Osono ausdrücklich.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/5792 einstimmig zustimmend vor.

**2.2 Einrichtung einer 1,0 Planstelle innerhalb des Bereiches 3-2/ Soziales, hier
Fachbereich 3-2-50/ Soziale Angelegenheiten im Sachgebiet Wohnraum-
vermittlung
B/17/5742
ohne Votum vorberaten**

Herr Rubin, Bürgermitglied, fragt nach dem Grund der Rückführung der Stelle in die Stadtverwaltung und fragt weiterhin nach, ob auch andere Träger kontaktiert wurden.

Herr Bohnes, Bereich Soziales, führt hierzu aus, dass die Rückführung einvernehmlich mit der Arbeiterwohlfahrt getroffen wurde. Der Schwerpunkt soll nunmehr auf der Entlastung der kommunalen Obdachlosenunterkünfte liegen. Ein Kontakt zu anderen Trägern wurde wegen der notwendigen organisatorischen Verzahnung mit der kommunal geführten Obdachlosenunterkunft nicht hergestellt. Die Fachverwaltung favorisiert die eigene Trägerschaft um arbeitsorganisatorische Reibungsverluste zu vermeiden.

Frau Schnettler, Bürgermitglied, bittet um Erläuterung der Finanzierung durch Förderungen und Einsparungen von Sachmitteln.

Frau Peters, Bereich Soziales, teilt hierzu mit, dass die anfallenden Personalkosten für die neue Planstelle vorher mindestens in der gleichen Höhe als Kosten (Sachkosten, weil es sich vorher um eine Vereinbarung gehandelt hat) berücksichtigt wurden. Sofern dem neuen Antrag auf Landesförderung entsprochen wird, erfolgt zusätzlich eine Refinanzierung eines Teils dieser Kosten.

Frau Schnettler meldet für die FDP im Rat Beratungsbedarf an.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/5742 aufgrund des Beratungsbedarfes der FDP im Rat ohne Votum vor.

3 Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung

**3.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht „Hitzeschutz-Maßnahmen in und an Verwaltungsgebäuden“
A/17/5769****zur Kenntnis genommen**

Herr Dabels, SBO, erläutert die bisher getroffenen Maßnahmen zum Hitzeschutz an Verwaltungsgebäuden und liefert detaillierte Ausführungen nach:

In Anbetracht des Klimawandels und der sowohl steigenden als auch länger andauernden Hitzeperioden sind auch die städtischen Mitarbeitenden stärker von den Umweltfaktoren belastet. Um die Arbeitsqualität und die Gesundheit der Mitarbeitenden nicht zu gefährden sind auch die Arbeitsplätze und damit die Räume und Gebäude dieser Situation anzupassen. Hinsichtlich des Schutzes vor Sonneneinstrahlung und übermäßiger Erwärmung der Arbeitsräume wurden zunächst verschiedene Lösungsansätze geprüft:

Sonnenschutzfolien

Folien, die an die Fenster geklebt werden, um so kostengünstig und mit relativ geringen Aufwand ein besseres Raumklima zu generieren, zeigten letztlich nur niederschwellige Temperaturunterschiede unterhalb von 1°C

Klimageräte und –anlagen

Gerade die notwendig aufzubringende Energie führt letztlich zu einem eher gegenläufigen Ergebnis durch erhöhte CO₂-Ausstöße und damit weiteren Temperaturanstiegen und einem schnelleren Klimawandel. Einzelne elektrische Klimageräte geben zudem warme Luft ab, die die Räume noch mehr aufheizen. Ein unsachgemäßer Gebrauch kann im Einzelfall zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen.

Außenliegender Sonnenschutz

Der als geeignete Maßnahme anerkannte außenliegende Sonnenschutz bedarf einer umfassenden Planung durch eine Fachfirma. Dabei sind neben fenstertechnischen Besonderheiten auch denkmalrechtliche und bauordnungsrechtliche Vorgaben zu beachten.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen sind in den letzten Jahren – auf Grundlage einer erfolgten Priorisierung - Sonnenschutzanlagen an städtische Bestandsimmobilien angebracht worden. Auch in den kommenden Jahren werden weitere Gebäude angepasst und entsprechendes Budget im Haushalt eingestellt. Auch in den städtischen Schul- und KTE-Gebäuden sind städtische Mitarbeiter beschäftigt, weshalb auch diese Gebäude aufgelistet werden.

- Alle Neubauten werden und wurden in den letzten Jahren mit Sonnenschutzanlagen ausgestattet.
- Bei allen neu angemieteten Objekten werden Möglichkeiten zum Hitzeschutz vor einer Vertragsunterzeichnung gefordert.

Konkret benannt werden die Gebäude, die aufgrund einer Einzelmaßnahme eine

Sonnenschutzanlage bereits erhalten haben:

- Alle städtischen Kindertageseinrichtungen sind mit einer Sonnenschutzanlage ausgestattet worden
- Astrid-Lindgren-Schule
- Brüder-Grimm-Schule
- Concordiaschule
- Erich-Kästner-Schule
- Hirschkampfschule
- Kastellschule
- Königsschule
- Landweherschule
- Marienschule
- Overbergschule
- Rathaus Oberhausen (Neubauteil)
- Rolandschule
- Ruhrschule
- Verwaltungsgebäude Danziger Straße
- Wunderschule

Aktuell sind in Bearbeitung:

- Alsfeldschule
- Bismarckschule
- Glück-Auf-Schule
- Hirschkampfschule Walsumermark
- Rathaus Osterfeld
- Schule am Froschenteich
- Schule am Siedlerweg
- Schwarze-Heide-Schule

Die Abarbeitung einer Prioritätenliste ist insofern notwendig, da eine zeitgleiche Ertüchtigung aller Gebäude u. a. bei den anbietenden Firmen nicht möglich ist. In den vergangenen Jahren kam es zu Lieferverzögerungen einzelner Komponenten als auch zu fehlenden Angeboten bei den Ausschreibungen aufgrund zu geringer personeller Ressourcen bei den einzelnen Firmen. Auch bei der Planung zur Anbringung der Anlagen an den Gebäuden sind sowohl brandschutz- und denkmalschutzrechtliche als auch statische Gründe Erfordernisse zu beachten; die erforderlichen Prüfungen binden entsprechend Ressourcen bei den Beteiligten. Aus diesen Gründen werden jährlich 5-7 Maßnahmen sukzessiv umgesetzt.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache A/17/5769 zur Kenntnis.
--

**3.2 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht „Integreat App“
A/17/5811
zur Kenntnis genommen**

Herr Stadtverordneter Girrullis bittet um einen Erfahrungsbericht.

Frau Arslanbenzer, Kommunales Integrationszentrum, teilt mit, dass die Integreat App in 2016 entstanden ist und mittlerweile von 100 Städten zur Verfügung gestellt wird. Von Oberhausen wird die App seit Februar dieses Jahres zur Verfügung gestellt. Die Nutzung der App wird für 1 Jahr geprüft. Die App wurde in der Presse intensiv beworben, sodass bereits 28.182 Klicks generiert wurden. Die Regiegruppe besteht aus Mitarbeitern der Kommune und verschiedener Wohlfahrtsverbände. Mittlerweile wird die App auch von verschiedenen Sozialberatern genutzt.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache A/17/5811 zur Kenntnis.
--

4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Beigeordneter Motschull berichtet, dass die Umsetzung der neuen Krankenhausbedarfsplanung für den 01.04.2025 vorgesehen ist. Entgegen der Zeitungsberichterstattung sind weiterhin 5 Standorte für Oberhausen vorgesehen.

Für die im Leistungskatalog vorhandenen Leistungsgruppen werden Änderungen zum 01.01.2026 umgesetzt.

Auf die Nachfrage des Stadtverordneten Herrn Girrullis nach einem schriftlichen Bericht teilt der Beigeordnete Herr Motschull mit, dass ein Bericht zu gegebener Zeit erfolgen wird.

Herr Bohnes, Bereichsleiter des Bereichs Soziales teilt zum Thema Bezahlkarte folgendes mit:

Im November 2023 erfolgte der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler

Die Bezahlkarte wurde als mögliche Leistungsform in das Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen. 14 Bundesländer haben sich an der gemeinsamen europaweiten Ausschreibung beteiligt. Das Ausschreibungsverfahren wurde erfolgreich abgeschlossen, den Zuschlag hat die Secupay AG erhalten.

Da die Leistungsbehörden die Nutzung der Karte frei wählen können, müssen in NRW 396 Kommunen und 5 Bezirksregierungen eine Entscheidung treffen.

Über eine Rechtsverordnung durch die Landesregierung in NRW soll die oberste Landesbehörde (MKJFGFI) ermächtigt werden, Vorgaben zur Einführung der Bezahlkarte zu erlassen.

Der rechtliche Rahmen zur Einführung, Verwendung und Ausgestaltung soll dadurch bis zum Jahresende für NRW bereitgestellt sein. Die Kommunen erhoffen sich Aufschluss über den Personenkreis (wie z.B. Geduldete, Personen in Gemeinschaftsunterkünften, Personen in Privatwohnraum) und die Verwendung (z.B. Höhe des Barbetrages).

In Oberhausen befinden sich derzeit 376 Personen im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die für eine Bezahlkarte grundsätzlich in Betracht kommen.

gez.
Ausschussvorsitzende
Sonja Bongers

gez.
Schriftführerin
Dorothea Albrecht